



## Kurzbericht

über die 17. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am Mittwoch, dem 29. November, 14:00 Uhr  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Beginn: 14:05 Uhr

1. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung der Erhebungspflicht für Straßenausbaubeiträge**  
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP  
[Drucksache 19/150](#)
- b) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes - Abschaffung der Pflicht zur Erhebung von Beiträgen gem. § 8 Absatz 1 KAG**  
Gesetzentwurf der Fraktion der AfD  
[Drucksache 19/159](#)

Der Ausschuss führte zu den Vorlagen eine mündliche Anhörung durch. Bei Enthaltung der Fraktion der SPD beschloss er einstimmig, seine Beratungen zu den Vorlagen in seiner Sitzung am 6. Dezember 2017 abzuschließen, sodass die zweite Lesung im Dezember-Plenum des Landtags stattfinden kann.

2. **Stellungnahme im Verfahren vor dem Landesverfassungsgericht betr. Wahlprüfungsbeschwerde zur Landtagswahl am 7. Mai 2017; Az. L VerfG 7/17**  
Schreiben des Präsidenten des Landesverfassungsgerichts vom 19. Oktober 2017  
[Umdruck 19/262](#)

Einstimmig beschloss der Ausschuss, dem Landtag zu empfehlen, dem Verfahren beizutreten mit der Tendenz, die Klage zurückzuweisen, sowie dem Landtagspräsidenten zu empfehlen, einen Verfahrensbevollmächtigten zu bestellen.

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes**  
Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW  
[Drucksache 19/276](#)

Der Ausschuss kam überein, sich im Wege der Selbstbefassung mit dem Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW, Bestimmungen zur Charta der Regional- oder Minderheitensprachen nachmelden, [Drucksache 19/275](#) (neu), zu befassen. Er beschloss einstimmig, zu beiden Vorlagen eine gemeinsame schriftliche Anhörung durchzuführen. Die Anzuhörenden sind der Ausschussgeschäftsführung bis zum 13. Dezember 2017 zu benennen.

**4. Tätigkeitsbericht für das Jahr 2016 der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein bei dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages**  
[Drucksache 19/141](#)

Der Ausschuss kam überein, in einer seiner nächsten Sitzungen ein Gespräch mit der Bürgerbeauftragten über den Tätigkeitsbericht sowie insbesondere über die Frage eventuell erforderlicher gesetzlicher Änderungen zu führen.

**5. Verschiedenes**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

Schluss: 17:30 Uhr

gez. Dörte Schönfelder